

## **Antrag**

**der Abg. Dr. Bernhard Lasotta u. a. CDU**

### **Überlastungsanzeigen von Mitarbeitern der Justizvollzugsanstalten – unzumutbare Arbeitsbedingungen?**

Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wie viele sogenannte Überlastungsanzeigen seit 2011 jeweils von Mitarbeitern (medizinischer und nicht-medizinischer Bereich) der Justizvollzugsanstalt (JVA) Bruchsal an das Justizministerium gerichtet wurden und welchen (Beschwerde-)Inhalt diese jeweils hatten;
2. wie diesen Überlastungsanzeigen jeweils durch das Justizministerium als zuständige Aufsichtsbehörde abgeholfen wurde bzw. welche konkreten Maßnahmen tatsächlich jeweils seitens des Justizministeriums eingeleitet wurden;
3. inwieweit es bereits zu Vorfällen kam, die im direkten oder indirekten Zusammenhang mit den angezeigten Überlastungssituationen standen (beispielsweise in der Medikamentenausgabe, in der medizinischen Betreuung von Gefangenen, zeitnahen Begutachtungen und Therapien etc.);
4. ob es – abgesehen von den Ankündigungen der Expertenkommission – seit 2011 aktiv seitens des Justizministeriums veranlasste und umgesetzte Maßnahmen gab, die dazu dienten, die angezeigten Mängel in der Personalausstattung oder auch in Bezug auf gegebenenfalls unzureichende Räumlichkeiten der Krankenreviere in der JVA Bruchsal zu verbessern;
5. wie viele Mitarbeiter (medizinisches Personal) insgesamt in der Krankenstation der JVA Bruchsal beschäftigt sind und in welchem Schicht-Rhythmus diese eingesetzt werden;
6. wie sich die Situation im Bereich der medizinischen Versorgung im Justizvollzugskrankenhaus Hohenasperg darstellt (Personalausstattung, Patienten-Betreuungsschlüssel, Räumlichkeiten, etc.) darstellt;
7. ob das Justizministerium der Ansicht ist, dass die personelle Ausstattung im Justizvollzugskrankenhaus Hohenasperg ausreichend ist;
8. wie viele Überlastungsanzeigen von Mitarbeitern des Justizvollzugskrankenhauses Hohenasperg seit 2011 an das Justizministerium als zuständige Aufsichtsbehörde gerichtet wurden und wie diesen jeweils konkret abgeholfen wurden;
9. wie viele Überlastungsanzeigen es seit 2011 insgesamt gab (mit Angabe der betroffenen Justizvollzugsanstalt, dem Beschwerdeinhalt sowie medizinischer/nichtmedizinischer Bereich);

10. wie diesen Überlastungsanzeigen jeweils konkret durch das Justizministerium als Aufsichtsbehörde abgeholfen wurde.

06.05.2015

Dr. Lasotta, Hitzler, Dr. Scheffold, Pauli, Pröfrock CDU

### Begründung

Dieser Antrag soll die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter in Justizvollzugsanstalten sowohl im medizinischen als auch im nicht-medizinischen Bereich näher beleuchten.

Anhand der beim Justizministerium als zuständige Aufsichtsbehörde seit 2011 eingegangenen Überlastungsanzeigen kann ermittelt werden, ob Verbesserungen in den Arbeitsbedingungen nicht schon deutlich früher hätten vorgenommen werden müssen bzw. ob das Justizministerium nicht schon früher konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der beanstandeten Situation hätte ergreifen müssen.